

- Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ Jülich
- Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
- AKW-NEE-Gruppe Aachen
- Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau
- Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
- Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“
- Grün Alternative Liste (GAL) Gronau
- Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein-Westfalen (LNU)
- Natur- und Umweltschutzverein Gronau (NUG)



Kontakt: BBU / AKU Gronau, Udo Buchholz, 0178-9050717

Gronau / Bonn / Düsseldorf, 11.06.2026

Gemeinsame Pressemitteilung

Klare Forderung 40 Jahre nach der offiziellen Inbetriebnahme der Urananreicherungsanlage in Gronau: Aufhebung der Betriebsgenehmigungen!!

Anlässlich des 40. Jahrestages der offiziellen Inbetriebnahme der Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau (NRW) fordern Umweltverbände und Bürgerinitiativen (darunter der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), die Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein-Westfalen (LNU), das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen und der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau) die Aufhebung ihrer Betriebsgenehmigungen und die sofortige Stilllegung der umstrittenen und bundesweit einzigartigen Atomfabrik.

Die Urananreicherungsanlage begann bereits am 15. August 1985 mit der Produktion von angereichertem Uran, das die Grundlage für den Betrieb zahlreicher Atomkraftwerke in aller Welt ist. Die offizielle Einweihung der Anlage erfolgte dann vor 40 Jahren unter Protest am 12. Juni 1986, nur wenige Wochen nach der Atomkatastrophe in Tschernobyl. Zur Einweihung wurde der damalige Bundesforschungsminister Riesenhuber mit einem Hubschrauber eingeflogen. Vor der Anlage demonstrierten rund 300 Bürgerinnen und Bürger gegen die Anlage und die damit verbundenen Gefahren..

Umstritten ist die Anlage auch, weil die in ihr genutzte Zentrifugentechnik auch zur Produktion von Uran für Atomwaffen genutzt werden kann. Aus diesem Grund wurden in der jüngsten Zeit auch die Urananreicherungsstandorte im Iran, bei denen ebenfalls mit der Zentrifugentechnik gearbeitet wird, bombardiert. Die Anlage in Gronau ist weder gegen Flugzeugabstürze noch gegen militärische Angriffe oder Drohnenbeschuss gesichert.

Gegen den Betrieb der Anlage richten sich auch 4 Jahrzehnte nach der Inbetriebnahme immer wieder Protestaktionen.

Details zur Urananreicherungsanlage (UAA) Gronau

Betrieben wird die Gronauer Urananreicherungsanlage vom Urenco-Konzern, der international tätig ist, und der u. a. auch die niederländische Schwesteranlage in Almelo, 30 Kilometer westlich von Gronau, betreibt. Der deutsche Zweig des Urenco-Konzerns ist jeweils zu 50% im Besitz der Energiekonzerne E.ON und RWE.

Der Atomausstieg in NRW muss konsequent umgesetzt werden

Trotz beschlossenen Atomausstieg wird seit 4 Jahrzehnten in Gronau angereichertes Uran für Atomkraftwerke produziert – bisher ohne Laufzeitbegrenzung. Die Initiativen und Verbände fordern: „Die Landesregierung in Düsseldorf stellt die zuständige Atomaufsicht und muss gemeinsam mit der Bundesregierung den Atomausstieg konsequent umsetzen. Die Anlage in Gronau darf da nicht länger ausgeklammert werden. Als zuständige NRW-Wirtschaftsministerin ist Mona Neubaur für den Betrieb der Urananreicherungsanlage verantwortlich. Es liegt in ihrer Hand für die Stilllegung der Anlage zu sorgen.“

Das Atommüllproblem drängt in Gronau

Beim Betrieb der Urananreicherungsanlage fällt Atommüll an, der in großen Mengen unter dem freien Himmel neben der Anlage gelagert wird (Containerlager für abgereichertes Uranhexafluorid, UF₆) und für den es kein Endlager gibt. Abgereichertes Uranhexafluorid wurde in der Vergangenheit auch in großen Mengen nach Russland und Frankreich exportiert. Neben der Gronauer Urananreicherungsanlage wurde zudem ein Hallenlager für rund 60.000 Tonnen Atommüll in Form von Uranoxid gebaut. Eingelagert wurde dort aber bisher noch nichts. Bereits atomrechtlich beantragt wurde zudem der Bau eines Hallenlagers neben der Urananreicherungsanlage, in dem alte und kontaminierte Uranzentrifugen gelagert werden sollen.

Gefahren der Urananreicherung, der Urantransporte und der atomwaffentauglichen Zentrifugentechnik

Wiederholt gab es in der Urananreicherungsanlage Gronau Störfälle und 2010 wurde ein Arbeiter in der Anlage verstrahlt. Anti-Atomkraft-Initiativen, der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und weitere Organisationen befürchten, dass der Anlagenbetrieb mit zunehmendem Alter der Anlage noch unsicherer wird.

Weitere Gefahren gehen von den zahlreichen Urantransporten mit LKW und Sonderzügen von und zur Anreicherungsanlage aus, die ganz NRW, aber auch weitere Bundesländer, durchqueren. Oft werden sie auch international durchgeführt. Hilfs- und Rettungskräfte wie das THW oder örtliche Feuerwehren an den Transportstrecken werden im Vorfeld nicht über die gefährlichen Transporte informiert. Bei einem Transportunfall könnte es zu weitreichenden Verseuchungen kommen.

Auch aus den Reihen der Friedensbewegung wird immer wieder die Stilllegung der Gronauer Urananreicherungsanlage gefordert. Die Urananreicherungsanlage könnte im Konfliktfall ein militärisch wichtiges Angriffsziel sein, denn die Zentrifugentechnik,

die in der Anlage zum Einsatz kommt, kann auch zur Produktion von Uran für Atomwaffen genutzt werden. Aus diesem Grund wurden vor wenigen Monaten die Urananreicherungsstandorte im Iran bombardiert. Um auf die militärische Brisanz der Urananreicherung hinzuweisen, finden immer wieder Ostermärsche zur Gronauer Urananreicherungsanlage statt.

Proteste seit den 70er Jahren bis heute ... und auch weiterhin

Die örtliche Bürgerinitiative, der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, ist schon seit 1981 gegen jegliche Nutzung der Atomenergie aktiv und der grenzüberschreitende Protest im Dreiländereck von NRW, Niedersachsen und Niederlande reißt nicht ab. Immer wieder fanden und finden Demonstrationen und Blockaden von örtlichen und überörtlichen Initiativen statt, es gab Unterschriftenaktionen und immer wieder Mahnwachen gegen Urantransporte. Zentrale Forderung: Die zuständige NRW-Landesregierung soll die sofortige Aufhebung aller bisher für die UAA erteilten Betriebsgenehmigungen veranlassen. Dass das rechtlich möglich und machbar ist, wurde mehrfach mit Gutachten belegt.

<https://www.wn.de/muensterland/gutachten-sieht-keine-rechtlichen-hurden-fur-urengo-aus-1391557>

Wichtiges Element der dauerhaften Proteste in und um Gronau gegen die Urananreicherung und die damit verbundenen Urantransporte sind die monatlichen Sonntagsspaziergänge. Sie finden schon traditionell seit Ende 1986 regelmäßig am ersten Sonntag im Monat um 14 Uhr an der Urananreicherungsanlage statt. Nächster Termin: 5. Juli 2026. Rund 40 Jahre nach der Inbetriebnahme der Anlage werden dann sicherlich auch viele Erinnerungen an die Proteste in den letzten Jahrzehnten zur Sprache kommen. Und aus den Erinnerungen ergeben sich dann bestimmt auch neue Ideen für weitere Aktivitäten.

Weitere Informationen:

<https://www.bbu-online.de>
<https://www.aku-gronau.de>
<https://www.bi-ahaus.de>
<https://sofa-ms.de>
<https://www.galgronau.de>
<https://lnu-nrw.de>
<https://www.westcastor.org>